

24. August 2008

Afrikanische Dealer zahlen für Ehe mit Schweizerinnen – mit Geld oder Drogen

VON CHRISTOPH LAUENER UND DENIS VON BURG

BERN Die Fremdenpolizei der Stadt Bern hat in den letzten Monaten 33 Scheinehen zwischen afrikanischen Dealern und drogenabhängigen Schweizer Frauen aufgedeckt und die Betroffenen angezeigt. Das bestätigen die zuständigen Behörden. Die Methode der «Ehepartner» ist immer die gleiche: Der Dealer, ein Asylbewerber, gibt der Frau Geld, oft Zehntausende Franken, oder er besorgt ihr gratis «Stoff»; als Gegenleistung heiratet sie ihn, worauf er eine Aufenthaltsbewilligung erhält und der drohenden Ausweisung entgeht. Die Polizei beobachtet diesen eigentlichen Trend auch in Bern schon seit längerem. Aber erst, seit Anfang Jahr das verschärfte Ausländergesetz in Kraft getreten ist, hat sie eine griffige gesetzliche Grundlage, dagegen vorzugehen. Erstens sind die Paare verpflichtet zusammenzuleben, was die Kontrolle vereinfacht, und zweitens hat die Fremdenpolizei Sanktionsmassnahmen: Scheinehen sind seit Anfang Jahr strafbar. Und: Dem Mann wird die Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung verweigert, was einem Landesverweis gleichkommt. Die als missbräuchlich entlarvte Ehe wird umgehend und amtlich für nichtig erklärt.

Schätzungen über Scheinehen zwischen Ausländern und Schweizern zirkulieren schon seit Jahren. Erstmals werden nun aber Zahlen über binationale Ehen bekannt, die aufgrund des neuen Ausländergesetzes als missbräuchlich gelten. Die Fahndungserfolge in Bern haben laut dem zuständigen Amtschef auch damit zu tun, dass die örtliche Fremdenpolizei seit Jahresbeginn den Fokus speziell auf diese Problematik ausgerichtet hat.

Auch die FDP will kriminelle Ausländer ausschaffen

Nach der SVP will auch die FDP eine härtere Gangart gegenüber straffälligen Ausländern. Sie macht einen Gegenvorschlag zur SVP-Ausschaffungsinitiative. Wie diese verlangt auch der FDP-Vorschlag den automatischen Entzug der Aufenthaltsbewilligung für schwer straffällige Ausländer.

Die FDP will aber den Deliktekatalog enger umreissen und Ausnahmen für Personen zulassen, die in keinem anderen Land aufgenommen werden. So soll die Ausschaffung verfassungs- und völkerrechtskonform sein. Die FDP wird im Herbst eine entsprechende parlamentarische Initiative einreichen.

«Bereit, Pfui-Themen anzugehen»

PHILIPP MÜLLER über kriminelle Ausländer

Herr Müller, bis jetzt war die Ausweisung krimineller Ausländer für die FDP kein Thema. Wieso besteht jetzt plötzlich Handlungsbedarf?

Die FDP hat sich neu organisiert. Ich bin für das Thema Bürgernaher Staat zuständig, welches auch die Sicherheit umfasst. Wir wollen auf Fragen, welche die Bürger beschäftigen, Antworten geben. Deshalb müssen wir auf die zunehmende Ausländerkriminalität reagieren.

Präsident Fulvio Pelli wollte das Thema bisher der SVP überlassen.



Die FDP hat erkannt, dass sie eine Volkspartei bleiben muss. Sie darf sich deshalb nicht nur auf Wirtschafts- und Steuerfragen beschränken. Das wissen inzwischen alle in der FDP und sind bereit, auch sogenannte Pfui-Themen an die Hand zu nehmen. Die schweren Jungs müssen raus. Wenn wir für unsere Ausländerpolitik, die auf Integration und die Öffnung des Arbeitsmarktes setzt, die Akzeptanz der Bevölkerung wollen, müssen wir gegen kriminelle Ausländer vorgehen.

Sie wollen doch einfach der SVP ein Wahlkampfthema wegnehmen.

Wir wären mit Blindheit geschlagen, wenn wir nicht sähen, dass die SVP mit ihrer Ausschaffungsinitiative 2011 Wahlkampf machen will. Wir müssen und können dem etwas entgegensetzen, das Hand und Fuss hat.

Für eine Mehrheit brauchen Sie ausgerechnet die SVP.

Die SVP würde unglaublich, unterstützte sie uns nicht. Denn unser Vorschlag will letztlich das Gleiche wie die SVP-Initiative. Auch die CVP müsste sich uns anschliessen. Ich glaube, dass wir unseren Vorschlag durchbringen und die SVP ihre Initiative zurückzieht. Sonst ist bewiesen, dass es ihr nur um Wahlkampf und nicht um die Sache geht.

Jetzt will auch die FDP ausschaffen

Schwerkriminelle sollen die Aufenthaltsbewilligung verlieren

VON DENIS VON BURG

BERN Die FDP will eine härtere Gangart gegen kriminelle Ausländer einschlagen. Unter der Führung des Aargauer Nationalrats Philipp Müller lanciert sie einen Gegenvorschlag zur umstrittenen Ausschaffungsinitiative der SVP. In ihrer parlamentarischen Initiative verlangt sie im Kern das Gleiche wie die SVP mit ihrer Volksinitiative: In der Schweiz ansässige Ausländer, die schwer straffällig geworden sind, sollen automatisch ihre Aufenthaltsbewilligung verlieren und ausgeschafft werden.

Mit einem – im Gegensatz zur SVP-Initiative – enger gefassten Deliktecatalog (siehe Kasten) wollen die Freisinnigen verhindern, dass Leute wegen geringerer Vergehen ausgewiesen werden. Das soll sicherstellen, dass die Ausweisungen nicht gegen das Verfassungsgebot der Verhältnismässigkeit verstossen. Zudem sollen Personen, etwa Flüchtlinge, die in keinem anderen Land aufgenommen würden, zwar ihre Aufenthaltsbewilligung verlieren, aber als vorläufig Aufgenommene bleiben dürfen. Damit würde der FDP-Vorschlag im Gegensatz zur SVP-Initiative nicht gegen zwingendes Völkerrecht verstossen.

Müller ist überzeugt: «Unser Vorschlag ist umsetzbar, die SVP-Initiative wird wegen ihrer Mängel vielleicht für ungültig erklärt.»

Rechtsumkehr in der Ausländerpolitik

Der Vorstoss bedeutet eine eigentliche Wende in der freisinnigen Ausländerpolitik: Bis anhin vertrat die Parteispitze unter Präsident Fulvio Pelli die Ansicht, weitere Verschärfungen im Ausländerregime müsse die Partei der SVP überlassen. Jetzt ist die FDP zur Überzeugung gelangt, ihre Ausländerpolitik sei nur mit zusätzlichen repressiven Elemente glaubwürdig. Die Partei ging nach den verlorenen Nationalratswahlen über die Bücher und hat festgestellt, dass sie Ausländerund Sicherheitsthemen vernachlässigt hat.

Müller, bekannt als Hardliner in Ausländerfragen, wurde Verantwortlicher für diese Thematik und versucht jetzt, die vorab an Integration orientierte Ausländerpolitik der FDP mit repressiven Elementen zu ergänzen. Inzwischen hat er die Parteispitze hinter sich. «Wir stehen hinter dem Vorstoss. Fraktion und Partei werden ihn unterstützen», sagt Parteipräsident Pelli.

Die Wende hat auch parteistrategische Hintergründe. Die SVPInitiative wird aller Voraussicht nach im Wahljahr 2011 zur Abstimmung gelangen. Die FDP käme in eine sehr ungemütliche Lage. Wenn sie als Partei mit einem zum Teil traditionell-bürgerlichen Zielpublikum gegen eine härtere Ausweisungspraxis gegenüber straffälligen Ausländern antreten muss, drohen ihr massive Wählerverluste. Es sei tödlich, im Wahljahr ohne Alternative gegen die SVP-Initiative zu kämpfen, schrieb Müller in einem parteiinternen Strategiepapier.

Jetzt hoffen die Freisinnigen, mit ihrem Vorschlag die SVP-Ausschaffungsinitiative unnötig zu machen und der SVP das Wasser für den Wahlkampf 2011 abzugraben. Das Potenzial für eine parlamentarische Mehrheit aus dem bürgerlichen Lager ist sicher vorhanden. Die CVP hält zwar einen Ausschaffungsautomatismus noch für unnötig, könnte aber umschwenken. Rein inhaltlich müsste auch die SVP dafür sein. Weigert sie sich trotzdem, dem FDP-Projekt zum Durchbruch zu verhelfen, verliert sie mindestens ihre eigene Glaubwürdigkeit.

QUITTUNG FÜR SCHWERE DELIKTE

Die FDP fordert, dass Ausländern die **Aufenthaltsbewilligung** bei folgenden Delikten **automatisch entzogen** wird: vorsätzliche Tötung, Mord, schwere Körperverletzung, qualifizierter Raub, Menschenhandel, Erpressung, Vergewaltigung, Förderung der Prostitution, Sexualdelikte oder Betäubungsmitteldelikte mit Freiheitsstrafen von mindestens 18 Monaten, Inzest, mehrfache Ehe, Gefährdung der öffentlichen Sicherheit mit Waffen, Finanzierung des Terrorismus, Völkermord, schwere Geldwäscherei. **Bei geringeren Delikten läge der Entzug** der Aufenthaltsbewilligung wie heute **im Ermessen des Richters**.